

Ausschuss-Beratungen am 15. Mai 2024 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch. Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 15. Mai 2024 ab 9:00 Uhr, gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.

Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können <u>live</u> angeschaut werden.

Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr):

Formulare und Informationen für alle

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Die Salzburgerinnen und Salzburger können viel mit dem Computer erledigen.
Sie können Termine erledigen,
Formulare ausfüllen.
Informationen bekommen.
Das ist für viele Menschen bequem.

Für manche Menschen ist der Umgang mit dem Computer schwer.

Zum Beispiel: für ältere Menschen. Oder: für Menschen ohne Computer.

Die ÖVP schlägt vor:

Personen ohne Computer dürfen NICHT benachteiligt werden.

Formulare und Informationen soll es für alle geben.

Das bedeutet zum Beispiel:

Anträge soll es auch auf Papier geben.

Informationen soll es auch auf Papier geben.



TOP 2 (9:30 Uhr): Gefahr von Neophyten

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz diskutiert.

Neophyten bedeutet: neue Pflanzen. Neophyten sind Pflanzen, die in einem Gebiet neu sind. Dazu gehören:

- der Riesen-Bärenklau,
- das Drüsige Springkraut,
- der Japanische Stauden-Knöterich.

Manche setzen die Pflanzen in ihrem Garten ein. Die neuen Pflanzen verbreiten sich sehr schnell. Diese Pflanzen verdrängen andere Pflanzen. Die einheimischen Pflanzen werden weniger. Neophyten sind eine Gefahr für die Natur.

Zum Beispiel:

Wo der Riesen-Bärenklau wächst, gibt es nur mehr wenige andere Pflanzen-Arten. Die einheimischen Pflanzen sterben aus.

Die FPÖ schlägt vor:

Es soll mehr Informationen über Neophyten geben. Eine Informations-Kampagne soll die Menschen gut über die Gefahren informieren.

TOP 3 und TOP 4 (10:30 Uhr): Leerstand von Wohnungen

Der Antrag der SPÖ und der Antrag der GRÜNEN werden am Mittwoch im <u>Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr</u> diskutiert.

Wer seine Wohnung leer stehen lässt, muss eine Abgabe zahlen. Warum gibt es die Abgabe?



Manche kaufen neue Wohnungen, damit der Wert mit der Zeit immer höher wird. Die Wohnungen stehen lange Zeit leer. Sie werden nicht vermietet.

Der Salzburger Landtag hat eine Abgabe auf leerstehende Wohnungen beschlossen. Die Bevölkerung soll sich Wohnungen wieder leisten können.

Der Nationalrat hat vor kurzem beschlossen: Die Länder können selbst über die Abgabe entscheiden. Zum Beispiel, wie hoch die Abgabe ist.

Die SPÖ fordert:

Es soll eine neue Abgabe auf Leerstand ausgearbeitet werden. Sie soll wirkungsvoll sein.

Das bedeutet:

Die Abgabe soll ein gutes Ergebnis bringen.

Die GRÜNEN fordern:

Die Abgabe soll angepasst werden. Das Wohnen soll billiger werden.

SPÖ und GRÜNE fordern außerdem:

Es soll untersucht werden, wie viele Wohnungen und Häuser leer stehen.

TOP 5 (11:00 Uhr): Baukulturelle Leitlinien

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch im <u>Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr</u> diskutiert.

Was ist Baukultur?
Zur Baukultur gehören:
Gebäude, Straßen, Plätze,
Dörfer und Städte.
Häuser, Plätze und Straßen kann man planen.
Dörfer und Städte kann man planen.



Es gibt baukulturelle Leitlinien. Das sind Vorschläge für eine gute Baukultur.

Gute Baukultur bedeutet:
Die Menschen fühlen sich wohl.
Sie fühlen sich gut in den Gebäuden und in der Umgebung.
Sie leben und arbeiten gerne in den Dörfern oder Städten.

Vorschläge für eine gute Baukultur sind zum Beispiel:

- das Zentrum von Orten lebenswert gestalten,
- auf eine gute Qualität beim Bauen schauen.

Die KPÖ PLUS fordert:

In Salzburg soll es eine gute Baukultur geben. Viele Menschen sollen sich in den Dörfern und Städten wohlfühlen.

Die Vorschläge für die baukulturellen Leitlinien sollen in Salzburg umgesetzt werden.

Das bedeutet:

Die Vorschläge sollen verwirklicht werden.

Die Landesregierung soll dafür einen Plan ausarbeiten.

TOP 6 (12:00 Uhr): Parkplätze und Freiflächen

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz diskutiert.

Der Verkehr braucht viel Platz. Zum Beispiel: für Parkplätze.

Auf Parkplätzen wird es sehr heiß. Sie heizen sich in der Sonne auf.

Der Asphalt wird sehr heiß.

Die Umgebung von Parkplätzen wird auch heiß.

Sie bleibt auch in der Nacht heiß.



Was kann man machen?

Gut sind viele Pflanzen statt Asphalt-Flächen.

Für Parkplätze im Freien können andere Materialien verwendet werden.

Zum Beispiel: Rasen-Gittersteine.

Und: Auf den Flächen sollen Bäume stehen.

Sie geben Schatten.

Dann bleibt die Umwelt kühler.

Das ist gesünder für Menschen und Tiere.

Die GRÜNEN fordern:

Bei neuen Planungen und Bauten soll auf die Hitze und auf die Umwelt geachtet werden.

Parkplätze und Freiflächen sollen so gestaltet sein, dass sie besser für die Menschen und die Umwelt sind.

Dafür soll es Vorschriften und Förderungen geben.

Zum Beispiel für Sportstätten.

Oder: beim Gesetz für die Wohnbauförderung.

TOP 7 (14:00 Uhr):

Autofreier Tag auf der Großglockner Hochalpenstraße

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz diskutiert.

Die Großglockner Hochalpenstraße ist

eine Straße auf den Großglockner.

Der Großglockner ist der höchste Berg in Österreich.

Viele Menschen fahren mit Bussen, Autos,

Rädern oder Motorrädern auf der Panorama-Straße.

Sie möchten von der Straße viele Berge sehen.

Die Großglockner Hochalpenstraße

liegt im Nationalpark Hohe Tauern.

Ein Nationalpark ist ein Gebiet,

in dem alle Tiere und Pflanzen geschützt sind.

Die GRÜNEN fordern:

Man muss auf den Schutz achten.

Die Großglockner Hochalpenstraße darf



KEIN Ersatz für Autofahrer auf der Tauern-Autobahn sein. Zum Beispiel bei einem Stau.

Außerdem:

Auf der Großglockner Hochalpenstraße soll es einen autofreien Tag geben. An diesem Tag soll kein Auto auf den Großglockner fahren.

TOP 8 (15:00 Uhr):

Gemeinde-Rechtsakte im Internet

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Gemeinde-Rechtsakte sind zum Beispiel:

- Bebauungspläne,
- Flächenwidmungspläne.

Gemeinde-Rechtsakte sind selten im Internet. Die Bürgerinnen und Bürger können die Pläne im Gemeinde-Amt anschauen. Sie können die Pläne NICHT im Internet anschauen.

Die KPÖ PLUS schlägt vor:

Alle sollen Gemeinde-Rechtsakte einfach anschauen können.

Zum Beispiel: im Internet.

Gemeinde-Rechtsakte sollen im RIS veröffentlicht werden.

RIS ist die Abkürzung für **R**echts-**I**nformations-**S**ystem.

Das RIS ist eine Datenbank im Internet.

Jeder kann im RIS kostenlos Rechtsakte anschauen.

Die Veröffentlichung von Gemeinde-Rechtsakten soll einheitlich sein.

TOP 9 (15:30 Uhr):

Bahn-Strecke beim Pass Lueg

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch

im Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität diskutiert.



Es geht um den Zug-Verkehr über den Pass Lueg. Die Bahn-Strecke ist oft gesperrt.

Warum?

Hochwasser und Lawinen sind eine Gefahr

für die Bahn-Strecke.

Die Bahn hat Verspätungen.

Es gibt Einschränkungen.

Das ist eine große Belastung

für Pendlerinnen und Pendler.

Die SPÖ fordert:

Die Bahn-Strecke soll ausgebaut werden.

Die Strecke soll sicher sein.

Der Bund soll für den Ausbau Geld zur Verfügung stellen.

Es soll genug Geld für den Ausbau eingeplant werden.

TOP 10 (16:00 Uhr)

Bahn-Strecke Pyhrn-Schober-Achse

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch

im Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität diskutiert.

Die Pyhrn-Schober-Achse ist eine Bahn-Strecke in Österreich.

Sie ist wichtig für den Güter-Verkehr

vom Norden in den Süden von Österreich.

Die ÖVP schlägt vor:

Die Pyhrn-Schober-Achse soll besser werden.

Dafür ist die EU zuständig.

Mit einer besseren Strecke

können vielleicht mehr Güter mit der Bahn transportiert werden.

Es müssen weniger Autos auf der Tauern-Autobahn fahren.

Das ist besser für die Menschen und für die Umwelt.



TOP 10 (16:30 Uhr) Bezahl-Karte für Asylwerber

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Menschen, die um Asyl ansuchen, bekommen Unterstützung. Sie bekommen Geld vom Staat oder vom Bundesland.

In Deutschland sollen Asylwerber das Geld auf eine Bezahl-Karte bekommen. Die Bezahl-Karte ist eine eigene Karte für Asylwerber. Sie ist KEINE Konto-Karte.

Die Asylwerber bekommen KEIN Geld auf ihr Konto. Sie bekommen KEIN Bargeld. Sie können das Geld von der Bezahl-Karte NICHT auf ein anderes Konto überweisen.

Warum?

Menschen, die um Asyl ansuchen, sollen das Geld nur für bestimmte Dinge ausgeben. Zum Beispiel: Asylwerber können mit der Karte

Lebensmittel oder Medikamente bezahlen.

Sie sollen das Geld NICHT für andere Dinge verwenden. Sie sollen das Geld NICHT anderen Menschen geben. Sie sollen das Geld NICHT in ihre Heimatländer schicken.

Die FPÖ schlägt vor:
Der Salzburger Landtag soll sich zur
Bezahl-Karte für Asylwerber bekennen.
Das Land Salzburg soll
alles für eine Bezahl-Karte vorbereiten.



Wörterbuch:

digital:

Viele Elektro-Geräte funktionieren digital. Zum Beispiel: Telefone, Handys und Computer. Es gibt auch Techniken, die digital funktionieren. Zum Beispiel funktioniert das Internet digital.

Digitalisierung:

Digitalisierung bedeutet: In immer mehr Dingen sind Computer eingebaut. Und diese Dinge können sich über die ganze Welt verteilt miteinander austauschen.

RIS:

RIS ist die Abkürzung für **R**echts-Informations-**S**ystem. Das RIS ist eine Datenbank im Internet. Jeder kann im RIS kostenlos Rechtsakte anschauen. Zum Beispiel: Gesetze und Verordnungen.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt. Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen. Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.



Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.

Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.

Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.

Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen. Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten. Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen. Zum Beispiel: zum Thema Soziales oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum. Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen



KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs. Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen, die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen, die mit der Zusammenarbeit von Österreich und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau. Zum Beispiel: Planungen für den Öffentlichen Verkehr oder für neue Straßen oder für das Internet.



Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge, die man zum Leben braucht gesprochen, zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen. Es geht um Fragen, wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge, die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten, wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft, ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.



Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen, die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen. Es soll alles transparent sein. Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es um das Ersuchen von Behörden. Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion. Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.



Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von <u>capito Graz</u> als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den Salzburger Landtag in Leichter Sprache

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. <u>Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim</u>

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.